

## Haushaltsrede zum Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ewald,  
 sehr geehrter Herr Bürgermeister Geiger,  
 Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Zunächst möchte ich mich namens der CDU-Fraktion bei ihnen und den Kollegen/innen der Eigenbetriebe für die geleistete Arbeit im vergangenen Haushaltsjahr bedanken. Mein besonderer Dank gehört den Mitarbeitern der Kämmerei, die für den vorgelegten Haushaltsentwurf verantwortlich zeichnen. Wir, die Mitglieder der CDU Fraktion wünschen ihnen alles Gute für das Jahr 2017.

In gewohnter Manier möchte ich in meiner Haushaltsrede den geschätzten Zuhörern zunächst

- 1.) in Form eines Vorberichtes einen Überblick über die Finanzsituation insgesamt verschaffen, um dann
- 2.) und 3.) auf einzelne Punkte aus dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einzugehen und gegen Ende
- 4.) die Eigenbetriebe bzw. Beteiligungen in den Blick nehmen. Zum Schluss werde ich
- 5.) die von unserer Fraktion erarbeiteten Anträge stellen.

Also zunächst der Vorbericht: Wie ist sie, die Finanzsituation der Stadt Weingarten ?

Ein paar Zahlen zum Vergleich: Personalausgaben 12 Millionen €, Steigerung gegenüber dem Vorjahr 600.000 €, Schuldenstand 121 € /Kopf, ca. 260.000 € Nettoinvestitionsrate. Eigentlich gar nicht so schlecht, wenn es die Zahlen von Weingarten wären, sind sie aber nicht.

Vielmehr sind es die der Großen Kreisstadt Leutkirch, die, was Einwohnerzahl und Finanzkraft angeht, durchaus für einen Vergleich taugt.

Wie sehen die Zahlen für Weingarten aus? Personalausgaben über 14 Millionen €, Steigerung gegenüber dem Vorjahr über 860.000 €, obwohl wir keine 8 Teilorte mit Ortsverwaltungen und Ortschaftsräten und keine große Gemarkung haben.

Warum brauchen wir dann eigentlich so viel Personal ?

Die Pro-Kopf-Verschuldung ohne Eigenbetriebe beträgt bei uns 883 €, Landesdurchschnitt liegt bei ca. 560 €. Weingarten befindet sich unter den 20 höchst verschuldeten Städten Baden Württembergs, Leutkirch kommt erst auf Rang 81. Rechnet man dann noch die Eigenbetriebe hinzu, hat Weingarten eine Pro-Kopf-Verschuldung, die höher ist, als die von Leutkirch und Wangen zusammen, wobei beide Städte in der Summe mehr als doppelt so viele Einwohner haben wie Weingarten.

Woran liegt das? Haben wir, um im Vergleich zu bleiben gegenüber Leutkirch zu wenig Einnahmen?

In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt. Während Leutkirch sich mit 10,5 Millionen € Gewerbesteuer und 10,3 Mill. Einkommensteueranteil begnügen muss, stehen uns voraussichtlich 13,3 Mill. € Gewerbesteuer und 11,3 Mill. € Einkommensteuer zu. Das sind ganze 4 Mill. mehr. Dennoch schaffen wir mit unserem Verwaltungshaushalt überhaupt keine Investitionsrate, wir haben stattdessen sogar einen **Negativsaldo von 421.000 €** das heißt wir erwirtschaften nicht, was wir verbrauchen, wir gehen stattdessen an das Ersparte und

holen uns den Fehlbetrag vom Vermögenshaushalt. Kurz um: Weingarten lebt über seine Verhältnisse.

An den Einnahmen lässt sich nichts verbessern: wir muten unseren Gewerbetreibenden 40 Punkte mehr Gewerbesteuer und unseren Grundstückseigentümern 30 Punkte mehr an Grundsteuer zu als Leutkirch, um im Vergleich zu bleiben. Übrigens belegen wir damit Platz 6 der Großen Kreisstädte mit den höchsten Realsteuern im Land. Zumindest mit der Höhe der Steuern sind wir vorne mit dabei.

### **Was folgt daraus?**

Unsere Strukturen bedürfen dringend der Veränderung. Man könnte meinen, die Verwaltung hätte dies erkannt und daher zusammen mit dem Gemeinderat eine Haushaltsstrukturkommission ins Leben gerufen. Nur verdient dieses Gremium nicht den Namen, den es sich selbst gegeben hat. Denn an den Strukturen will in Weingarten offenbar niemand etwas ändern, stattdessen unterhält man sich über Erhalt oder Abschaffung einer Saunalandschaft, die Erhöhung von Eintrittspreisen um wenige Cent oder Veränderungen im Winterdienst, um einmal ein paar illustre Beispiele zu nennen, mit denen im Durchschnitt zwei dutzend Teilnehmer dieses Gremiums in zahlreichen Sitzungen ihre Zeit verplempert haben. Denn niemand in der Verwaltung hat bisher beispielsweise offene Bereitschaft dazu gezeigt, eine Neuausrichtung des Immobilienbestands vorzunehmen. Das wäre etwas, das die verkrusteten Strukturen aufbrechen würde. Um die 250 Wohnungen nennt Weingarten sein eigen, Leutkirch hat dagegen wohl nur um die 50. Das alles wird bei uns im Kernhaushalt der Stadt, im sog. Vermögenshaushalt geführt.

Bereits in meiner Rede zum Haushalt 2016 habe ich daher gefordert, diese Immobilien in eine eigene zu gründende Immobiliengesellschaft zu überführen, die nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeitet. Seit mehr als 2 Jahren vertröstet uns die Verwaltung mit den Worten, das werde alles bei einem neuen Konzept zum Gebäudemanagement berücksichtigt. Das ist reine Hinhaltetaktik, in Wirklichkeit soll und wird nichts verändert werden. Das wäre auch das Fundament gewesen, um darauf den Kauf des Schuler – Areal aufzubauen.

Wir sind daher initiativ geworden und werden am Ende dazu einen der angekündigten Anträge stellen.

Diesen Antrag muss auch vor dem Hintergrund des bis 2020 umzusetzenden **Neuen Kommunalen Haushaltsrechtes** (kurz: Doppik) sehen. Dann müssen wir kaufmännisch rechnen und wir haben folglich enorme Probleme, uns vor der totalen Überschuldung zu retten, wenn wir für diesen vielerorts in keinem guten Zustand befindlichen Bestand an Immobilien die vorzunehmenden Abschreibungen berücksichtigen müssen. Wenn wir hier nicht endlich etwas ändern, wird der Haushalt zu dem, als was ihn die stellvertretende Kämmererin Britta Fischer im Rahmen seiner Einführung in den Gemeinderat am 28.11.2016 bezeichnet hat.

Sie sprach von einem „gewohnten Schauspiel“. Der Begriff „Schauspiel wird in der Regel für ein gesprochenes Drama verwendet oder für eine Sparte der Bühnenkünste, die von Schauspielern ausgeübt wird. Unser Haushalt ist kein gesprochenes, sondern ein „geschriebenes“ Drama.

Wie schon im Vorjahr, so betrachtet die Verwaltung aus unserer Sicht auch für 2017 die Finanzentwicklung viel zu optimistisch. Das gilt insbesondere für die Bereiche, die die Stadt selbst nur wenig oder gar nicht beeinflussen kann, bei denen also besondere Vorsicht angesagt ist.

### **Da ist zunächst die 5jährige Finanzplanung**

So geht der Haushaltsentwurf davon aus, dass die Kreisumlage bis 2020 bei den derzeit noch geltenden 32,5 % verbleiben wird. Die wird jedes Jahr neu diskutiert und festgesetzt, in

den letzten Jahren ist es nur einmal nach unten. Glücklicherweise bleibt sie dieses Jahr dank des Einsatzes der Fraktionen von CDU und Freien Wählern im Kreistag gleich zum Vorjahr. Nur zur Verdeutlichung: schon 1 % Erhöhung der Kreisumlage würde für die Stadt Weingarten ca. 300.000 € mehr an abzuführenden Beiträgen bedeuten.

**Wenn man die Finanzsituation insgesamt betrachtet, so muss man auch nochmals etwas genauer auf die Schuldsituation eingehen.**

Im Kernhaushalt sind es noch immer über 21 Mill. €, mit den Eigenbetrieben (Stadtwerke, KuKo und Abwasser) nach wie vor 36 Mill. €, das waren es auch schon 2015 und 2016. Wir haben bei TOP-Steuerereinnahmen gerade mal 85.000 € Schulden abgebaut. Das von unserem Kämmerer Buck ausgegebene Ziel war es, **bis 2019 auf den Landesdurchschnitt zu kommen**. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie was davon übrig geblieben ist ?

Absolut nichts. Dazu findet sich im Haushaltsplan auf Seite 41 des Vorberichtes der lapidare Satz: „**Das Ziel die landesdurchschnittliche Verschuldung wieder zu erreichen, musste leider in den kommenden Jahren aufgegeben werden**“. Da frage ich mich als Gemeinderat, was wurde mir da in der Vergangenheit eigentlich vorgegaukelt, um meine Zustimmung zu Haushalten zu bekommen.

Es geht sogar weiter in die falsche Richtung, zumal im Folgesatz dann angekündigt wird: wegen anstehender Investitionen Feuerwehrhaus, Sanierung Talschulgebäude und Kindergartenbau muss die Verschuldung um rund 1,7 Millionen € erhöht werden. Wissen Sie was mich an diesem zweiten Satz stört. **Nicht die Notwendigkeit der Investitionen, die begrüße ich sogar. Aber das das Wort „muss“ braucht es nicht**. Mit welcher Absolutheit das Schuldenmachen festgeschrieben wird, statt dass man sich Gedanken über eine Gegenfinanzierung macht, will man nachfolgenden Generationen einen noch größeren Schuldenbuckel machen.

Ich werde an dieser Stelle auch nicht müde an folgende Aussage des Regierungspräsidiums aus dem Jahre 2013 zu erinnern.

**„Die Aufnahme weiterer Kredite wird das Regierungspräsidium unter Berücksichtigung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt ggf. sehr sorgfältig zu prüfen haben.“** Das kann man gar nicht oft genug wiederholen.

**Wir werden am Ende auch dazu ebenfalls einen geeigneten Antrag stellen.**

**Ich bin damit auch schon nahtlos übergegangen zu meinem 2. Punkt, dem Verwaltungshaushalt**, in dem ich ein paar Blicke auf die Steuereinnahmen werfen möchte.

**a) zunächst zur Gewerbesteuer:**

Glücklicherweise hat die Verwaltung mit ihrem Ansatz von von 13. Mill. € für 2016 Recht behalten. Es wurde sogar 1 Mill. mehr. Das ist insbesondere den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet, die Unternehmen in Deutschland vorfinden. Ich hoffe, nicht zuletzt im eigenen Interesse, die Bürger- und Bürgerinnen werden dies bei der kommenden Bundestagswahl mit ihrer Stimme zugunsten der regierenden Parteien wertschätzen.

Deswegen aber annehmen zu wollen, dass sich dies in den nächsten 5 Jahren auf dem in der Geschichte Weingartens einmalig hohen Niveau so halten lässt, ist zwar wünschenswert **aber doch wohl eher vom Prinzip Hoffnung genährt als von Realitätssinn gekennzeichnet**. Wer sich mit dem Instrumentarium der Gewerbesteuer auskennt, weiß doch, dass sie neben den Schlüsselzuweisungen aus Einkommen- und Umsatzsteuer, die vom Bund und über das Land bei den Kommunen ankommen, die wichtigste und doch schon wegen konjunktureller Schwankungen zugleich unsicherste Steuereinnahme der Städte und Gemeinden ist. Das weiß natürlich auch die Kämmerei. **Aber nur mit einer solchen**

**Darstellung lassen sich die Verpflichtungsermächtigungen der nächsten Jahre überhaupt rechnerisch rechtfertigen.**

**b) Ähnlich ist es mit den veranschlagten Anteilen an den Realsteuern in Gestalt von Einkommen- und Umsatzsteuer.**

Obwohl wir jetzt vorhersehen können, dass wir 2017 ca. 1 Million wegen erhöhter Steuerkraft der Stadt weniger von diesen Schlüsselzuweisungen durch Bund und Land bekommen werden als 2016, rechnet die Kämmerei dennoch in den nächsten Jahren mit ähnlich hohen Zuweisungen wie bisher.

**c) wie sich von uns nicht beeinflussbare gesetzliche Änderungen auswirken, müssen wir bei der Vergnügungssteuer erfahren, die aufgrund der beschlossenen Änderungen des Landesglücksspielgesetzes, die jetzt umgesetzt werden, bei den Steuereinnahmen eintreten.** Statt der bisherigen vereinnahmten 1,15 Mill. € pro Jahr, kalkuliert die Verwaltung jetzt mit 450.000 € weniger. Ohne alle Parameter zu kennen, habe ich in meiner letzten Haushaltsrede bereits angekündigt, dass uns nahezu 300.000 €/Jahr fehlen würden, wenn die Umsetzung komme.

**d) Was von den Einnahmenprognosen der Verwaltung zu halten ist, zeigt das Thema Bußgelder:**

Geplant waren Mehreinnahmen von fast 500.000 €, jetzt setzen sie gerade mal noch gute 170.000 € mehr zum Ergebnis von 2015 an. Wäre ja nicht so schlimm, ja man könnte sich sogar damit zufrieden geben, denn daraus ist ja auch abzulesen, dass die Verkehrsteilnehmer und deren Sicherheit, um die geht es ja hier überwiegend, sich doch mehr an die Verkehrsregeln halten als befürchtet. Nur geradezu ärgerlich ist hierbei, dass ich eingehend davon abgeraten habe, im Zusammenhang mit der Anschaffung zweier neuer Geschwindigkeitsmessgeräte gleich auch noch eine zusätzliche halbe Stelle auf dem Ordnungsamt zu schaffen. Dafür habe ich mir regelrecht die Wut des früheren Ordnungsamtsleiters zugezogen.

Fragt man sich doch, was macht die auf der Stelle sitzende Person, wenn die Verfahren ausbleiben wie jetzt der Fall.

**Den Einnahmen gegenüber stehen die Ausgaben. Ein paar Worte dazu.**

**a) Thema Flüchtlinge.** Zwischenzeitlich befindet sich der größte Teil dieser Menschen in der sog. Anschlussunterbringung und damit hat die Stadt für die gesamten Unterbringungskosten aufzukommen. Die Zuweisungen von Bund und Land sind nach wie vor in ihrer Höhe nicht eindeutig geklärt. Dafür haben wir ein Darlehen von 2 Mill. € aufnehmen müssen, um Wohnraum zu schaffen. Weingarten hat hier sein Plansoll im Rahmen der Erstunterbringung wohl übererfüllt. Genaue Zahlen habe ich nicht, weil mir diese entgegen Ihrer Zusage Herr Oberbürgermeister durch unseren eigens angestellten und mit teuer Geld bezahlten Flüchtlingsbeauftragten nicht vorgelegt wurden. Tatsache ist, dass wir wohl mehr aufgenommen haben als wir mussten, andere Gemeinden im Landkreis haben aber zu wenige in der Erstunterbringung aufgenommen. Wir erwarten, dass die Stadt mit dem Kreis die Umsiedlung derjenigen, die bei uns zuviel da sind in die Gemeinden regelt, die bislang zu wenige aufgenommen haben. **Es kann nicht sein, dass Weingarten auf den Kosten der Anschlussunterbringung für Menschen sitzen bleibt, die es gar nicht unterbringen müsste.** Eine solche Großzügigkeit der am höchsten verschuldeten Großen Kreisstadt im Landkreis wäre völlig fehl am Platze.

**b) Nach wie vor Anlass zur Skepsis gibt das Thema Kinderbetreuungskosten.**

Nach wie vor gilt hier nicht das Konnexitätsprinzip., was da heißt, dass der, der die Musik bestellt, sie auch bezahlt. Stattdessen ist es umgekehrt. Bund und Land erweitern ständig ihre Versprechungen und Zusagen an die Eltern und machen den Kommunen zum Teil irrwitzige Vorgaben wie den Bau von Kinderwagengaragen als Ergänzung zur Krippenbetreuung.

Unsere Ausgaben steigen in diesem Bereich rapide. 2014 waren es noch 4,77 Mill. €, 2016 werden es voraussichtlich 5,41 Mill. € sein, ein Ende ist nicht in Sicht. Die Zuschüsse wurden entgegen aller Propagandameldungen zwar erhöht, aber keinesfalls kostendeckend und schließlich wurden sie, wie Sie Herr Oebrbürgermeister in Ihrer Neujahrsrede zu recht angeprangert haben, gedeckelt. Die Zuschüsse halten so mit den Ausgabensteigerungen nicht mit. Um 400.000 € hat sich unser Anteil in nur 2 Jahre erhöht.

**Bei den Ausgaben fällt in erster Linie ein signifikanter Anstieg der Personalausgaben auf.** Diese nehmen jetzt einen Anteil von fast 23 % am Verwaltungshaushalt und einen Betrag von 14,23 Mill. € in Anspruch. 2015 waren es noch 12,3 Mill. € und im 6 Jahresvergleich zu 2010 haben wir zwischenzeitlich eine Steigerung von mehr als 25 % erreicht.

Das ist nicht allein den Tarifierhöhungen geschuldet, kaum ein Mitarbeiter wird gegenüber 2010 eine 25 %ige Einkommensteigerung haben. Die Ursache dafür liefert der Ausbau an Personalstellen, der stattgefunden hat. Dafür ist der Gemeinderat mit verantwortlich. Ich appelliere daher dieses Gremium mehr Maß zu halten und fordere mehr Rückgrat, wenn es darum geht, der Verwaltung bei Stellenwünschen die Stirn zu bieten.

**Das war`s zum Verwaltungshaushalt.**

### **3.) Somit komme ich drittens zum Vermögenshaushalt:**

**Auf Punkte möchte ich näher eingehen**

**1)Thema Wohnungen:** Zum Komplex Wohnungen habe ich schon Ausführungen gemacht. Wie hier gewirtschaftet wird zeigt eindrucksvoll nachfolgender Vergleich: Die Einnahmen decken gerade mal so die Ausgaben, in den letzten Jahren hatten wir sogar eine Unterdeckung: jetzt stehen aber wieder einmal größere Investitionen an, die nicht erwirtschaftet werden 200.000 € sieht der Vermögenshaushalt für die Sanierung der Gebäude Blumenau 12 und 14 in 2017 zuzüglich weiterer 600.000 € für diese beiden Häuser in 2018/2019. Solche wirtschaftlichen Ergebnisse in keiner Weise den Gegebenheiten des Mietwohnungsmarktes. Daher am Ende der bereits schon erwähnte angekündigte Antrag.

#### **2.) Thema Bürgerbüro:**

In Zeiten von E-Government und Internet glaubt die Verwaltungsspitze, es müssten dennoch weitere Anlaufmöglichkeiten für die Bürger/Bürgerinnen geschaffen werden und zwar durch Schaffung eines Bürgerbüros. 50.000 € in 2017 und weitere 200.000 € in den Jahren 2018/2019 will die Verwaltung dafür ausgeben, ohne geprüft zu haben, wie die direkten Kundenkontakte durch den Einsatz neuer Medien verringert werden können.

#### **3.) Thema Kindergarten Modulbauweise:**

Mehrere Kindergärten müssen saniert werden. Teilweise sind sie während der Bauphase nicht uneingeschränkt oder gar nicht nutzbar. Die Promenadenschule steht jetzt schon teilweise leer, aber 2018 wird der Schulbetrieb eingestellt. Dennoch will die Verwaltung für 1,8 Mill. € insgesamt in den nächsten Jahren einen Kindergarten in Modulbauweise erstellen lassen, um damit zusätzlichen Raum für die Sanierungsphase zu schaffen. Das rechne sich, so die Argumentation, weil man den Modulkindergarten dann anderswo in der Stadt aufstellen könne. Fragt sich nur wo, wenn man doch eigentlich alles sanieren will. Meine

Damen und Herren das ist ein nicht benötigter Vorratsbeschluss. Das kann sich unsere Stadt so nicht leisten. Ich will ihnen mal die Vorgehensweise in einer anderen Großen Kreisstadt des Landkreises näher bringen. Die Stadt Wangen saniert das Rupert-Neß-Gymnasium mit über 1.000 Schüler. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurde darauf verzichtet, Module oder Container aufzustellen, stattdessen wurden alle Schulen einbezogen und ein Raumkonzept entwickelt, das eine Mitbelegung der anderen Schulen zulässt. Von der Kindergartensanierung in Weingarten werden weit weniger Kinder betroffen sein als die 1.000 Schüler in Wangen. Wir schaffen das offenbar nicht. **Die CDU Fraktion glaubt, dass wir hier nicht ausreichend vorplanen und will dies mit einem am Ende gestellten sachdienlichen Antrag erreichen.**

---

#### **4. Zum Schluss der eingangs angekündigte Blick auf die Eigenbetriebe: 2 möchte ich näher unter die Lupe nehmen**

- a) **Ich beginne mit dem größten Problem, dem Kultur- und Kongresszentrum:** seit Jahr und Tag das gleiche Bild: geplanter Jahresverlust 1,1 Mill. €, das Jahr zuvor 1,058 Mill. und in 2015 1,19 Mill. €. Im Betriebsführungsvertrag von 1988 ersetzenden heißt es: Ziel der Kooperation zwischen der Stadt, der Gesellschaft und dem Hotelbetreiber ist es, eine langfristig optimale Auslastung und Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Das gelingt uns in der bisherigen Betriebsform nicht. Nachdem wir allerdings die Fortführung des Betriebsführungsvertrages bis 2021 beschlossen haben, frage ich mich, mit was sich da Haushaltstrukturkommission beschäftigen, wie von Ihnen Herr Oberbürgermeister in Ihrer Neujahrsrede angekündigt, beschäftigen soll. Fazit: die Struktur taugt nicht nur die kann auf absehbare Zeit nicht geändert werden.
- b) **Stadtwerke GmbH.** Der Plan kalkuliert mit einem Verlust von 964.000 €. Die Haushaltsrechnung 2016 schloss noch mit 889.000 € Verlust ab. Hauptgrund: die Beteiligung an der TWS wirft nicht genug ab. Während es 2016 noch 608.000 € waren, werden es in 2017 voraussichtlich nur 538.000 € sein. Warum es dann nach dem Plan in 2018 wieder doppelt so hoch, also über eine Mill. € sein soll, erschließt sich dem Leser nicht. Da bleibt mir nur zu sagen: da malt man sich die Welt einmal mehr schön. Hauptverlustbringer: die in die Stadtwerke aus dem Kernhaushalt ausgegliederten Bäder. Dazu **Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission in punkto Bäder: Fehlanzeige. Alles bleibt wie gehabt.**

Soweit meine Anmerkungen zum Haushalt 2017. Jetzt zum letzten Abschnitt, den angekündigten Anträgen.

#### **Anträge:**

- 1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, bis 31.5.2017 ein Konzept zur Gründung einer in selbständiger Rechtsform zu führenden Gesellschaft zum Zwecke der Verwaltung des bisherigen Wohnungsbestandes und mit dem Ziel seiner Neuordnung vorzulegen. Zur Gründung der Gesellschaft und den damit verbundenen Kosten werden die im Haushalt gesperrten 30.000 € zur Umgestaltung des Münsterplatzes verwendet. Da die Gesellschaft den Wohnungsbestand neu ausrichten soll, werden die im Vermögenshaushalt vorgesehenen 200.000 € Investitionen für die Sanierung der Gebäude Blumenau 12 und 14 gesperrt. Diese können damit ggf. zu einem späteren Zeitpunkt der Gesellschaft als Kapital zugeführt werden.**
- 2. Die im Vermögenshaushalt vorgesehenen Investitionen von 100.000 € für den Bau eines Kindergartens in Modulbauweise (veranschlagte Gesamtkosten 1, 8 Mill. €),**

*der lediglich der Überbrückung dient, werden gesperrt. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit allen Kindergartenträgern ein Nutzungskonzept zu erarbeiten, das die Unterbringung der jeweiligen Kinder eines Kindergartens während der Sanierungsphase in anderen bestehenden Einrichtungen der Kindergartenträger oder der Stadt sicherstellt.*

*3. Die im Vermögens- und Investitionshaushalt bereitgestellten bzw. mit Verpflichtungsermächtigung versehenen Investitionen zur Einrichtung eines Bürgerbüros von 50.000 € in 2017 und jeweils 100.000 € in 2018 und 2019 werden bzgl. 2017 mit einem Sperrvermerk versehen und die Verpflichtungen für 2018/2019 werden zurückgestellt. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Aufstellung vorzulegen, in welchen Bereichen und mit welchen Mitteln eine Einführung des sog. E-Governments stattfinden kann, um die Bürgerkontakte, die ein Bürgerbüro künftig überhaupt noch haben könnte, besser einschätzen zu können und um den Umfang der Notwendigkeit eines Bürgerbüros und die damit verbundenen Kosten bzw. Investitionen besser kalkulieren zu können.*

*4. Um den Verwaltungshaushalt ohne Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgleichen zu können und um eine negative Investitionsrate von 421.000 € zu erhalten, beantragen wir eine pauschale Kürzung im Verwaltungshaushalt in den Posten mit der lfd. Nr. 5 und 6 um 5 % , um den Verwaltungshaushalt auszugleichen.*